

Pressemeldung

Schulstart in der Krise nur mit Fahrplan möglich

BvLB fordert klare Mindeststandards für den Gesundheitsschutz und kritisiert den „Frühstart“

In der Corona-Krise gibt es keine Blaupause. Alle Entscheidungen werden mit der heißen Nadel gestrickt. „Dennoch ist es erschreckend, wie kurz die Halbwertszeit eines gemeinschaftlich abgestimmten Fahrplans zur Wiedereröffnung der berufsbildenden Schulen ist“, monieren Joachim Maiß und Eugen Straubinger, Vorsitzende des Bundesverbandes für Lehrkräfte der Berufsbildung e.V. (BvLB). Erst gestern hat die Bundesregierung entschieden, die Öffnung der Schulen erst einmal auf den 4. Mai zu verschieben. Die zwingend notwendigen hygienischen und strategischen Standards, um einen sicheren Teilschulbetrieb zu gewährleisten, sollen die Kultusminister am 29. April bundesweit einheitlich festzurren. In einigen Bundesländern ist der Schulbetrieb in Teilen dann aber schon längst wieder aufgenommen - zumindest in den prüfungsrelevanten Abschlussklassen.

„Wir begrüßen ausdrücklich, dass sich die Bundesregierung entgegen anderer wissenschaftlicher Empfehlungen durchgerungen hat, mit den Abschlussklassen zu starten“, sagt Maiß. Die Berufsbildner setzen alles daran, die Abschlussprüfungen stattfinden zu lassen und haben ja auch während der letzten vier Wochen sämtliche Kommunikationskanäle genutzt, um das Wissen ohne Masterplan und mit viel Engagement über die Distanz zu vermitteln. „Aber an allererster Stelle steht nach wie vor der Gesundheitsschutz von Lehrkräften sowie Schülerinnen und Schülern der beruflichen Bildung. Der muss gewährleistet sein, ansonsten kann der Präsenzunterricht auch in Teilen nicht aufgenommen werden“, sagt Straubinger.

Dass dennoch einige Bundesländer jetzt vorpreschen und ohne klar definierte Mindeststandards durchstarten, empfinden die BvLB-Vorsitzenden als unverantwortlich und verweisen dabei auf die Besonderheit der beruflichen Bildung: „Während an Gymnasien, Ober- oder Realschulen ca. zu 100 Schülerinnen und Schüler eines Jahrgangs ihre Abschlussprüfungen ablegen wollen und das unter verschärften hygienischen Vorgaben händelbar ist, sprechen wir bei den Berufsbildenden Schulen mit ihren unterschiedlichsten Schulformen unter einem Dach schnell von bis zu 800 Schülerinnen und Schülern, die in die Schulen strömen, um ihre Prüfungen zu schreiben. Da hätten wir gerne verbindliche Vorgaben, wie die gesundheitliche Sicherheit für Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler gewährleistet werden soll. Hier ist die Politik gefordert, unverzüglich zu handeln. Das gilt insbesondere auch bei der Festlegung, wer zu welcher Risikogruppe gehört“, sagt Maiß.

Der verlässliche Gesundheitsschutz wirft viele Fragen bei den Berufsbildnern auf: Wie kann die Versorgung mit Mundschutz und Desinfektionsmittel gewährleistet werden? Sämtliche Einrichtungsgegenstände - von Stühlen über Tische bis hin zu den Tastaturen der Computer - müssen nach jeder Unterrichtsstunde desinfiziert werden, ebenso die Räume und sanitären Anlagen. Die entsprechend geschulten Reinigungskräfte gibt es gar nicht. Der

Weg zur Schule ist hochproblematisch. Wer öffentliche Verkehrsmittel nutzt, erhöht tagtäglich aufs Neue sein Infektionsrisiko und damit das seiner Mitmenschen. Tägliche Schnelltests vor dem Schulgebäude sind nicht realistisch und stehen auch nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung. Der vorgeschriebene Zwei-Meter-Sicherheitsabstand in Klassenräumen hätte zur Folge, dass nur ein Drittel bis maximal die Hälfte einer Klasse gleichzeitig unterrichtet werden kann.

„Um faire Chancen für alle Schülerinnen und Schüler zu gewährleisten, hieße das, Unterricht im Zweischichtbetrieb zu organisieren. Dies ist im Grunde durchaus möglich, um die Schülerzahlen zu entzerren. Allerdings ist die ÖPNV-Verfügbarkeit im ländlichen Raum sehr begrenzt und erschwert die Zu- und Abfahrt jenseits der Regelzeiten. Außerdem muss dafür der gesamte Stundenplan umgebaut werden und die Unterrichtseinheiten in Distanz- und Präsenzeinheiten unterteilt werden. Das heißt auch, dass wir die Online-Units deutlich ausbauen müssen. Dies in 14 Tagen umzusetzen ist mehr als ambitioniert“, sagt Straubinger. In Folge der verschleppten Digitalisierung der Schulen ist das ein Problem. „Wo ein Endgerät fehlt, um online am Unterricht teilzunehmen, können wir schnell und unkompliziert Abhilfe schaffen und ein Leihgerät zur Verfügung stellen. Der fehlende Breitbandanschluss lässt sich hingegen nicht in den nächsten zwei Wochen verlegen“, sagt Maiß.

Um mit dem Teilunterricht ab dem 4. Mai - trotz aller im Raum stehenden Fragen und Probleme - starten zu können, appellieren die BvLB-Vorsitzenden an die Eigenverantwortung der Schülerinnen und Schüler, sich eine Trecking-App aufs Smartphone zu laden. Diese kann das Bewegungsprofil und darüber mögliche Kontakte zu Infizierten in Echtzeit dokumentieren und anonymisiert dem RKI zur Verfügung stellen, um so das Infektionsrisiko zu minimieren.

„Entscheidend ist, dass die Schulleiter gegenüber den Schülern, den Lehrkräften, den Eltern und auch den Ausbildungsbetrieben verbindlich zusichern können, dass Schule ein sicherer Ort ist. Andernfalls kann der Unterricht an berufsbildenden Schulen nicht stattfinden. Und hier sind Bundes- und Landespolitik sowie die Gesundheitsämter gefordert, die nötigen Rahmenbedingen zu schaffen“, sagen Maiß und Straubinger unisono.

Der Bundesverband der Lehrkräfte für Berufsbildung e.V. vertritt in Deutschland über 39.000 Lehrerinnen und Lehrer.